

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesner
Grosses Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grosshain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1880
Grosses Nr. 52.

Nr. 278.

Dienstag, 29. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 3.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.— Mark, Überschrift 1.75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Es wird bekanntgegeben, daß, wie im Vorjahre, für den Bezirk der Amtshauptmannschaft in allen Geschäftszweigen die Beschäftigung von Gehilfen, Arbeitern und Bedienten

an den zwei letzten Countagen vor Weihnachten von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 6 Uhr zulässig ist. Grosshain, am 28. November 1921.
1818 a.F.
Die Amtshauptmannschaft.

Kohlenverkaufspreise.

In Abänderung unserer Bekanntmachung vom 19. November 1921 wird hiermit für Niederlaufener Salom- und Würfelkohle mit sofortiger Wirkung ein Kleinverkaufspreis von 22 M. 50 Pf. pro Str. ab Lager des Händlers festgesetzt.

Vom 1. Dezember ds. Js. ab erhöht sich dieser Preis auf 23 M. pro Zentner. Der Rat der Stadt Riesner, am 28. November 1921.

Biehzählung.

Am 1. Dezember ds. Js. findet eine Biehzählung statt, die sich auf Pferde, Maultiere, Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, Kaninchen und Bienenvölker erstreckt.

Die Zählung erfolgt durch Umfrage bei den einzelnen Viehhältern und wird durch die hiesige Schutzmannschaft vorgenommen werden. Den Hältern sind die erforderlichen Angaben vollständig und wahrheitsgetreu zu machen.

Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verweigert worden ist, im Urteil dem Staate verfallen erklärt werden. Der Rat der Stadt Riesner, am 28. November 1921.

Biehzählung in Gröba.

Am 1. Dezember 1921 ist eine Biehzählung vorzunehmen, die sich auf Pferde, Maultiere und Maulesel, Esel, Rinder, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh, Kaninchen und Bienenvölker erstreckt. Die Viehhältern werden aufgefordert, den Hältern die gewünschte Auskunft zu erteilen. Gröba (Elbe), am 28. November 1921. Der Gemeindevorstand.

Die Genossenschaftsversammlung hat die Beiträge für 1922 auf 10 M. für die Einheit festgesetzt. Den Mitgliedern geht noch schriftliche Mitteilung zu. Die Beiträge sind je zur Hälfte, am 1. Januar und 1. Juli, Beträge unter 10 M. voll am 1. Januar 1922 fällig.

Der Vorstand der Unterhaltungs-Genossenschaft für die Elbe im 3. Strombezirk.

Die Sonderbündler im Rheinland.

Nach vorliegenden Meldungen soll wieder einmal, und zwar am 4. Dezember, die „Rheinische Republik“ ausgerufen werden. Der Dörten und seine Helfershelfer müssen wohl wieder kapitalträchtige Männer gefunden haben, denn ohne Geld läßt sich kein Staat errichten. Wo diese Männer zu suchen sind, dürfte nach den Vorgängen im Juni 1919 ohne weiteres klar sein. Die „Rheinische Volksvereinigung“, der die Hochverräter ausnahmslos angehören, hat heute ebenso wie vor zwei Jahren ihre Wurzeln in Frankreich, was Herr Zardien seinerzeit in der französischen Kammer offen zugegeben hat: „Die französische Regierung hat während dreier Monate die Selbständigkeit der Rheinlande mit aller Kraft und allen Mitteln verdrängt“, äußerte er damals, und die englische und amerikanische „Anklot“, daß die Bewegung Dr. Dörten von gewissen französischen Behörden bearbeitet zu werden scheint, konnte er nicht anders widerlegen, als daß er darin den Versuch erblickte, „neue Hindernisse gegen die Befreiung des linken Rheinufers aufzuwerfen“. Frankreich hat soeben in Washington inoffiziell erklärt, daß es niemals den Plan einer Bereinigung Deutschlands unterstützen würde. Die Vorgänge im Rheinland geben die rechte Antwort auf diese Behauptung. Man hat den Eindruck, daß Frankreich seine künftige Politik schon fühlt und deshalb eine Katastrophenspolitik treibt, die sich früher oder später bitter rächen muß. Wegen der Vorgänge im Rheinlande brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Die Bevölkerung ist in der Ablehnung aller Loslösungsverträge und hat dies im Februar 1920 in einer einmütigen Entscheidung der politischen Parteien, der sich selbst die Unabhängigkeit in einer besonderen Erklärung anschloßen, unabweisbar zu erkennen gegeben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich in der Zukunft der Parteien in der Weisheit nichts geändert hat. Der Abtrennungsvorstoß wird also ebenso misslingen wie der erste, wenn man es nicht als einen Erfolg bezeichnen will, daß Herr Dörten damals oder kurze Zeit darauf eine Tracht Prügel bekam. Diesen Erfolg gönnen wir ihm und seinen Trabanten auch jetzt.

Streik.

Streik der kaufmännischen Angestellten der Berliner Handelswerke. In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen, der ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Angestellten der Handelswerke bewirkt, abgelehnt. Die kaufmännischen Angestellten haben daraufhin in einer Versammlung gestern abend beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Die technischen Angestellten kamen überein, sich zunächst an dem Streik der Kaufleute nicht zu beteiligen, es sollen vielmehr heute weitere Verhandlungen mit dem Magistrat eingeleitet werden.

Streik der Berliner Portiers. Die Portiers, Fahrstuhlführer und Heizer der Berliner Geschäfts- und Industriebauwerke sind gestern wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Es besteht die Gefahr, daß der Streik auch auf die Portiers in den Wohnhäusern übergreift.

Streik im lothringischen Kohlengruben. Wie der „Lokal-Anzeiger“ aus Saarbrücken meldet, wurde im lothringischen Kohlengruben seit überall der Streik verhängt. Die Belegschaften sind in den meisten Gruben seit Donnerstag nicht mehr eingefahren. Militär ist nach dem Grubengebiet abgegangen.

Um Deutschlands Zulassung.

Die „Newport Tribune“ meldet aus Washington: Wood George liegt nach der Meinung gutunterrichteter Kreise viel daran, sich mit Harding und Hughes über die von Harding vorgeschlagene Gesellschaft der Nationen zu besprechen. Dies erklärt seine plötzliche Bestimmung von Wägen auf der „Aquitania“. Man nimmt an, die Absicht zum Schluß der Verhandlungen zu gelangen, ohne daß Deutschland bestraft werde, habe wesentlich dazu beigetragen. Wood George zur Reise nach Washington zu bestimmen. Es sei keine Wasterade, daß die Engländer bestrebt sind, für die Lage Deutschlands irgend etwas zu tun, was Deutschland wieder auf eine Grundlage stelle, auf der es möglich wäre, mit ihm Handel zu treiben und gleichzeitig die Franzosen zu veranlassen, ihre Herrschaft zu herabzusetzen. Wie der „Newport Herald“ aus Washington meldet, wird angenommen, die Meinung Harding gebe dahin, daß Deutschland durch seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft der Nationen und die damit freiwillig übernommenen Verpflichtungen so unmittelbar und vollständig gebunden sei, daß Frankreich von seinem nächsten Widerstand, das

ihm ein künftiger deutscher Angriff verurteile, bereit wäre. Frankreich werde mit Deutschland in Washington an demselben Beratungstische nur zusammenhaken, wenn die Vereinigten Staaten es unternehmen, mit Frankreich die Verantwortung zu teilen, daß die Bezahlung der deutschen Reparationsverpflichtungen sichergestellt sei. Die Depesche zitiert den französischen Oberkommissar Calenave, der gesagt habe, Frankreich sei willens, die in Wiesbaden begonnene Politik fortzusetzen, und wünsche dies sogar zu tun. Die Zusammenarbeit, sagt das Blatt, von der Calenave sprach, trage rein wirtschaftlichen Charakter. Der Berichterstatter des Blattes hat an zuständiger Stelle erfahren, daß sich Frankreich aus politischen Gründen rundweg weigert, unter den gegenwärtigen Bedingungen mit Deutschland auf einer internationalen Konferenz auf gleichen Fuß zu stellen. Senator Borah sagte, die vorgeschlagene Vereinigung der Nationen sei noch nicht definiert. Aber aus dem, was er hier und da hörte, ergebe sich, daß es sich um den alten Völkerverband handele mit möglicherweise einigen Vorbehalten, nur unter anderem Namen.

Die Amerikaner wollen offen sprechen. Wie der Washingtoner Berichterstatter des „Newport-Herald“ meldet, erklärte die amerikanische Abordnung, die Vereinigten Staaten würden, falls die Verhandlungen der Konferenz scheiterten, offen aussprechen, in welcher Weise dies geschehen sei und wen die Schuld treffe.

Dr. Rathenau in London.

Wie die „Morningpost“ berichtet, sind Dr. Rathenau und Dr. Simons gestern in London eingetroffen. In Downingstreet wird die Meldung eines Berliner Blattes, daß Lloyd George mit Simons zusammengekommen sei, in Abrede gestellt. — Zu der Meldung, daß Dr. Rathenau und Dr. Simons in London eingetroffen seien, erzählt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß es sich nicht um den früheren Minister des Auswärtigen Dr. Simons handelt, sondern um einen Mitarbeiter Dr. Rathenaus, den Oberleutnant Dr. Simons. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Reise des früheren Wiederkaufministers nach London in privater Angelegenheit erfolgt.

Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge tritt heute vormittag das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammen. Auch Hugo Stinnes wird an der Sitzung teilnehmen. Am Nachmittag soll eine Sitzung des Kredit-Ausschusses des Reichsverbandes stattfinden.

Die Reichsregierung wird sich erneut mit der Teuerung beschäftigen. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wird die Reichsregierung heute nachmittag in einer Kabinettsitzung noch einmal sich mit den Maßnahmen gegen Teuerung und Wucher beschäftigen.

Weitere französisch-italienische Rundgebungen in Italien.

Ungeachtet des inzwischen eingetroffenen Dementis, betreffend die angeblichen italienischen Heuerungen Brindis, haben Rundgebungen gegen Frankreich auch in Bologna, Trent, Neapel, Mailand, Genoa und Messina stattgefunden. Außer in Turin hat jedoch die Polizei Ausschreitungen gegen die französischen Konsulate verhindern können. In Rom wurde ebenfalls demonstriert, indes mit Maß und Würde und ohne Aufrüstung. Ministerpräsident Bonomi und Außenminister della Torretta haben im Senat und in der Kammer die Rundgebungen lebhaft beklagt und in aller Form versichert, daß die Herrin Brindis in den Mund gelegten unheimlichen Heuerungen über die italienische Armee vom ersten bis zum letzten Wort erdichtet sind. Es wird in Rom ausdrücklich hervorgehoben, daß die beklagte Falschmeldung von französischer Seite ausging, und zwar von einem Ranne, der Brindis persönlich nicht gekannt ist und der mit der Meldung seinen anderen Zweck verbinden konnte, als seinem persönlichen Gegner erste Verleumdungen zu bereiten. Die gestrigen römischen Morgenblätter veröffentlichten das kategorische Dementi des italienischen Botschafters in Washington.

Aus Washington wird gemeldet: Biniani bekräftigt in einer freitäglichen Erklärung die italienischen Heuerungen Brindis. Frankreich sei durch Bande des Blutes und der Freundschaft an Italien gekettet. Schaner gab sich mit dieser Erklärung zufrieden und dankte Hughes für die tatkraftvolle und sympatische Art, in der er diesen Konflikt angegangen hat. Aus den Heuerungen des italienischen Delegierten geht hervor, daß ein Konflikt beinahe.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die vierte Ergänzung des Besoldungsgesetzes. Vom Reichsfinanzministerium ist dem Reichstag ein Entwurf der vierten Ergänzung des Besoldungsgesetzes zugegangen, der bereits die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat und der die Eingruppierung der Beamten des Reichswasserschiffes, des Reichsverwaltungsgerichtes und der Versorgungskrankenhäuser in die einzelnen Besoldungsgruppen vorseht.

Verbot kommunistischer Zeitungen. Der preussische Minister des Innern hat die in Berlin erscheinende „Kommunistische Arbeiterzeitung“ für eine Woche und die Wochenchrift „Der Kampf“ für zwei Wochen, beide wegen eines Aufrufes an die Proletariat, der Aufrufen zu Gewalttätigkeiten enthält, verboten. Gleichzeitig sind in der Angelegenheit Strafverfahren eingeleitet worden.

Die Mitglieder der internationalen Donaufischerei. Die sich aus allen Uferstaaten und aus Nichtuferstaaten der Entente zusammensetzt, fanden sich am Montag vormittag zur Eröffnung der offiziellen Beratungen in der ehemaligen preussischen Gesandtschaft in München ein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände zur Verhandlung: Ein Entwurf der bayerischen Regierung betreffend die Regelung ihres Stromabschnittes, die Schiffahrt auf dem Donauufer Stromabschnitt mit zu Tanks umgestalteten Schleppern, die Dauer der Donauschiffahrt, die auf den Donaubassins verbrannten Kohlen, etwa eine praktische Frage der Anwendung des Donauschiffahrt. Die Schiffahrtsgesellschaften, der hydro-metrische Dienst, die Organisation des Nachrichtendienstes für Schiffe, die Strombaggerarbeiten auf der internationalisierten Donau, die Unterteilung des Donaufischers nach Kilometern, die Liquidierung des Kohlendienstes der Kommission und schließlich die Feststellung des diesjährigen Kohlenostiums für das Gferne Tor.

Ein Reichseisenbahn-Parlament. Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen zufolge ist im Reichsverkehrsministerium der erwartete Entwurf zur Liquidierung der Reichseisenbahn fertiggestellt. Der Grundanfrage ist die Auflösung des Verkehrsministeriums auf dem allgemeinen Etat. Ferner wird geplant die Angliederung eines Generalrats an das Direktorium. In diesem Generalrat sollen die Reichsregierung, der Reichstag und die Eisenbahngesamtheit und die Wirtschaft vertreten sein.

Deutscheische Bergwerke in französischer und englischer Hände. Einer Meldung der „Morningpost“ aus Warschau zufolge wird berichtet, daß die Bergwerke in Oberschlesien in französische Hand und die Eisenwerke in Hohenlohehäute in englische Hand übergegangen seien. In Katowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen förderten solche Ankäufe, da die Aufrechterhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in die Hand zu nehmen.

Die Deckungsvorlage der Stadt Berlin für die Gehälter und Löhne. In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde die Deckungsvorlage für die Gehälter und Löhne der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter angenommen. Die Vorlage bringt eine erhebliche Verleuerung von Geh., Wasser und Elektrizität, sowie eine Erhöhung des Straßenbahn-Tarifes auf 1.50 Mark. Die neuen Tarife werden am 1. Dezember in Kraft treten. Auch die Hochbahn-Gesellschaft hat eine entsprechende Erhöhung der Tarife beschlossen.

Verurteilte belgische Luftfahrer. Wie der „Lokal-Anzeiger“ aus Köln meldet, wurde eine Belgierin, die bei einer Mission auf dem Bahnhöfe festgenommen worden war und in deren Gepäck ein Mantel, 6 Schals und 80 Taschenmesser deutscher Ursprungs gefunden wurden, zu 3 Monaten Gefängnis und 60 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei Männer aus Charleroi, die große Rollen Densden, Hosen und Kostenträger ausführen wollten, wurden zu 3 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Andere festgenommene Belgier wurden zu Gefängnisstrafen bis zu 2 Wochen und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Kommunisten wehren sich. Die „Rote Fahne“ bringt eine Erklärung der Zentrale der K. P. D. gegen die „Vorwärts“-Entschlüsse. Es heißt darin: Der politische Zweck dieser Aktion ist vollkommen klar. Die wird unternommen, um die sich bildende proletarische Einheitsfront zu zertrümmern. Es steht durch die Erklärungen Oberstungs im „Vorwärts“ wie durch die Ergebnisse im Untergrundbewegung des preussischen Landtags durchaus fest,

Die Kommunisten wehren sich. Die „Rote Fahne“ bringt eine Erklärung der Zentrale der K. P. D. gegen die „Vorwärts“-Entschlüsse. Es heißt darin: Der politische Zweck dieser Aktion ist vollkommen klar. Die wird unternommen, um die sich bildende proletarische Einheitsfront zu zertrümmern. Es steht durch die Erklärungen Oberstungs im „Vorwärts“ wie durch die Ergebnisse im Untergrundbewegung des preussischen Landtags durchaus fest,